

Kommentar

Umdenken ist angesagt, Barrieren müssen abgebaut werden

Die Bedeutung des digitalen Binnenmarkts ist offenbar noch nicht zu allen Mitgliedstaaten der EU durchgedrungen. Doch was man inzwischen als Industrie 4.0 bezeichnet, ist nur mit einem homogenen und offenen Binnenmarkt möglich.



Mirjam Moll zu Gebühren für Roaming in der EU

Dazu gehören nicht nur der Umbau des Internets mit einem modernen Datenschutz, verlässlicher Datensicherheit und einem zeitgemäßen Urheberrecht sowie ein Verbraucherschutz, der seinen Namen verdient hat. Sondern auch eine Telekommunikation, die keine Landesgrenzen mehr zu überwinden braucht.

Ein roamingfreies Europa wäre ein Signal für einen Aufbruch, den man jahrelang verschlafen hat – und der dazu geführt hat, dass sich zukunftsfähige Unternehmen auf dem digitalen Markt gar nicht erst entfalten konnten. Viel zu lange haben sich Netzanbieter an den einst ungedeckelten Auslandsgebühren eine goldene Nase verdient; als Smartphones und das mobile Internet hinzukamen, wurde ihnen eine weitere Geldquelle eröffnet.

Mit der Einführung der Höchstgrenzen von Roaminggebühren und ihrer stufenweisen Absenkung hat sich schon vieles zum

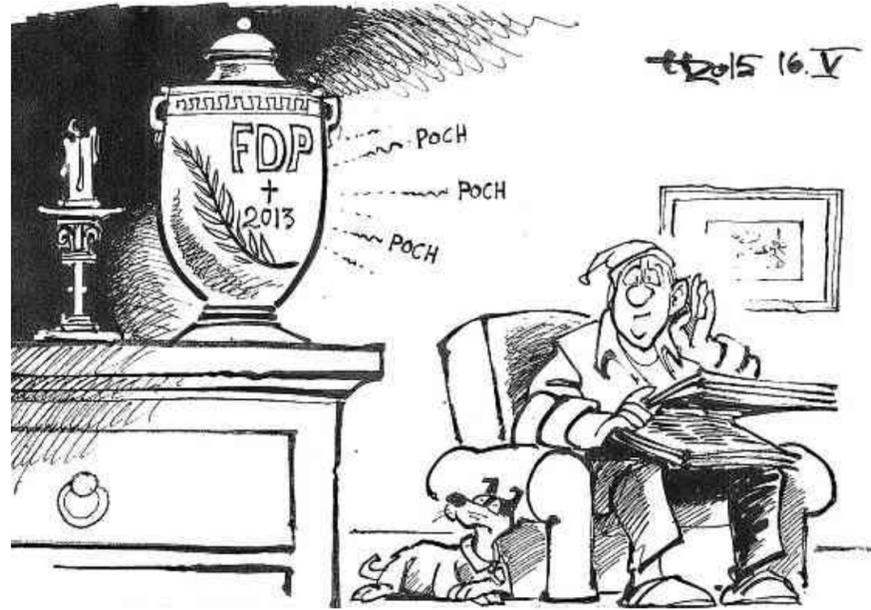
Besseren gewendet. Die endgültige Abschaffung der Auslandskosten wäre nur der letzte logische Schritt. Dass sich die EU-Länder dem entgegenstellen, ist kaum nachvollziehbar. Die Befürchtung, die Telekommunikationsunternehmen könnten den Verbrauchern mit dem Wegfall der Gebühren höhere Preise für ihre Mobilverträge aufbrummen, klingt dabei wie ein Vorwand.

Denn schon jetzt ist der Konkurrenzkampf zwischen den Mobilfunkanbietern so groß, dass er die Preise von Verträgen mit Endlosfreiminuten und -kurznachrichten sowie unbegrenztem Downloadvolumen für das mobile Internet geradezu purzeln lässt. Mit dem Ende der Auslandsgebühren würde der Wettbewerb weiter befeuert – zugunsten der Verbraucher.

Wenn Europa seine Wirtschaft wieder ankurbeln will, wird es Zeit, endlich Barrieren abzubauen und in den digitalen Binnenmarkt zu investieren. Die Interessenvertretung nationaler Telekommunikationsunternehmen passt mit dieser Idee nicht zusammen. Das muss endlich auch bei Regierungen der Mitgliedstaaten ankommen.

E-Mail: mirjam.moll@rhein-zeitung.net

Gegen den Strich von Horst Haitzinger



Auferstehung? Geisterstunde?

Estland stellt seinen Staat ins Internet

Vision Digitale Gesellschaft ist in dem baltischen Land bereits längst Realität

Von unserer Berliner Korrespondentin Rena Lehmann

■ Tallinn. Auf dem ausladenden Holzschreibtisch des gerade mal 35-jährigen Ministerpräsidenten Estlands, Taavi Roivas, liegt ein Laptop. In seiner Hand wiegt er lässig sein Smartphone. „Diese beiden Dinge brauche ich zum Regieren“, erklärt er Besuchern als Erstes. Die Esten sind stolz auf ihren Fortschritt. Schnelles Internet funktioniert hier im hohen Norden am Rande der Europäischen Union überall, selbst im Wald, heißt es. Und Wald gibt es hier viel. Die viel beschworene digitale Gesellschaft ist in Estland Realität. Sicherheitsbedenken, wie sie in Deutschland in der Debatte um die Digitalisierung immer vorgetragen werden, kennt man hier nicht.

Dabei hat Estland 2007 eine der ersten, weltweit viel beachteten Cyberattacken erlebt. Damals wurden Teile der estnischen Institutionen lahmgelegt – Parlament, Banken, Ministerien und Rundfunkanstalten. Es war ein Fiasko für den jungen Staat. Bis heute wird vermutet, dass der Auftraggeber Russland war. Restlos aufgeklärt ist der Vorgang nicht.

In Tallinn simuliert die Nato Cyberattacken

Die Attacke hat die Technikbegeisterung der Esten aber nicht ausgebremst – im Gegenteil: Das Land wirbt mit seinem digitalen Staatswesen – E-Estonia genannt –, und Cyberabwehr ist zu einem wichtigen Thema geworden. Nicht zufällig befindet sich in der Hauptstadt Tallinn heute das einzige Cyberabwehrzentrum der Nato. Hier werden internationale IT-Experten regelmäßig in Rollenspielen auf den Ernstfall vorbereitet. In Teams aus Angreifern und Verteidigern werden Cyberangriffe simuliert und Reaktionen trainiert. Es ist eine Art Denkfabrik für die Nato. In dem Militärbündnis rechnet man damit, dass die Kriege der Moderne über Cyberattacken geführt werden. Je mehr ein Gemeinwesen sich digital organisiert, desto attraktiver wird eine feindliche Übernahme seiner Datensysteme.

Die Esten haben diese neuen Möglichkeiten nicht davon abgehalten, ihr Land noch digitaler zu machen. Die Marschrichtung hat der heutige estnische Staatspräsident Toomas Hendrik Ilves, der am Montag in Berlin erwartet wird, vorgegeben. Vor mehr als 15 Jah-



Der estnische Präsident Toomas Hendrik Ilves, der am Montag nach Berlin kommt, hat die Digitalisierung in dem baltischen Land konsequent vorangetrieben. Foto: dpa

ren sagte er: „Estland ist im Internet.“ Es wurde zum Motto der jungen Nation. Ministerpräsident Roivas schwärmt im Jahr 2015: „Das digitale Leben ist sehr sicher und effizient: Wir sparen damit 2 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts.“ Kein Mensch müsste in Estland mehr persönlich bei seinen lokalen Behörden erscheinen.



Rena Lehmann hat kürzlich die baltischen Staaten bereist. Aus Estland berichtet sie über die weit fortgeschrittene Digitalisierung des Landes.

Wer verstehen will, wie E-Estonia funktioniert und was es ist, unterhält sich am besten mit Siret Schutting, der Direktorin der Ausstellungsräume des Projekts in Tallinn. Sie vermarktet das digitale Estland. Sie sagt Sätze wie: „Wir sind ein kleines Land. Wir werden nicht die nächste Concorde bauen, aber wir könnten sie erfinden.“ Wichtig ist bei der Digitalisierung nicht die Fähigkeit, sondern die Anwendung. Keinem Schüler helfe die Verwendung eines Computers als Tafel, wenn er wie eine herkömmliche Kreidetafel verwendet wird. „Wir wollen, dass eine 80-jährige Frau, die im Wald Pilze sucht, zwischendurch auf ihrem Smartphone checkt, welche giftig sind“, erklärt Schutting. „Frische Luft und freies Internet“ heißt ihr Werbeslogan. Das Ziel ist klar: Estland will als innovationsfreundlicher Standort für Investoren in neuen Technologien attraktiv sein.

Die Kommunikation der Bürger mit Staat und Behörden läuft in Estland heute weitgehend digital. „Natürlich kann man zur Not auch noch persönlich beim Bürgeramt vorbeigehen, um einen Antrag zu stellen. Aber das macht kaum noch

jemand“, sagt Schutting. Bei der Geburt bekommt jeder Este eine Identifikationsnummer, die sich aus dem Geburtsdatum und der Zahl in der Reihenfolge der an diesem Tag geborenen Kinder in seiner Kommune zusammensetzt. Dazu erhält jeder eine Authentifizierungsnummer und damit eine sogenannte digitale Unterschrift.

96 Prozent der Steuererklärungen werden online erledigt

Mit dieser digitalen Identität, die nur der Bürger selbst kennen soll, kann er alles online vom heimischen Bildschirm aus erledigen, wofür in Deutschland oft nerven- und zeitraubende Behördengänge notwendig sind. 96 Prozent der Steuererklärungen werden in Estland online eingegeben, erklärt die Direktorin. Es wird online gewählt, und auch auch die Krankendaten werden online gespeichert, genau wie Straftaten. Gespeichert werden die Daten der 1,3 Millionen Esten zur Sicherheit in sogenannten Datenbotschaften auf Servern außer Landes. Auch das betrachten die Esten als Fortschritt. Das Trauma der jahrzehntelangen Besetzung durch die Nationalsozialisten und die Sowjetunion währt bis heute. „Man kann unser Land noch einnehmen, aber niemals mehr unseren Staat“, meint Schutting.

Im Gegensatz zu vielen Deutschen halten die Esten die digitale Speicherung und Weiterverarbeitung ihrer Daten sogar für sicherer als den Umgang mit Papier. „Jeder, der in digitale Daten Einsicht nimmt, hinterlässt Spuren. Wer durch meine Papierakten blättert, werde ich nie erfahren“, erklärt eine deutsche Diplomatin die Argumentation der Esten.

Das kleine Land tut einiges, um seinen Ruf als digitaler Vorreiter aufrechtzuerhalten. Bürger aus unterschiedlichen Ländern haben die Möglichkeit E-Resident, sozusagen digitaler Bürger von Estland, zu werden. Wer sich anmeldet, bekommt natürlich keine Staatsbürgerrechte, kann aber zum Beispiel als Investor schon vom Ausland aus bequem „den Papierkram“ erledigen – per digitaler Signatur und online, versteht sich.

Ziel ist es, bis 2025 zehn Millionen E-Residents zu gewinnen. Es ist die Zukunftstoptopie eines kleinen Landes. „In einigen Jahren wird es nicht mehr wichtig sein, wie groß ein Land ist, im Internet gibt es keine Grenzen mehr“, schwärmt ein junger Mitarbeiter von E-Estonia Besuchern aus dem Ausland vor. Estland kämpft unterdessen darum, seine jungen Erfinder der IT-Branche im Land zu halten. Zu häufig wandern die klugen Köpfe in die USA aus. Solange kann Estland mit der Digitalisierung nicht viel verdienen.

Presseschau

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

zur FDP:

Die Aufgabe des Staates ist es nicht, seine Bürger zu entmündigen, sondern Freiheit möglich zu machen. Eine Partei, die das beherzigt und zu Ende denkt, die nicht Klientelpolitik macht und deshalb als beliebig wahrgenommen wird wie früher oft die FDP, die hat ihren Platz im beweglich gewordenen deutschen Parteienspektrum. Sie muss nur aufpassen, dass sie sich nicht im Kampf gegen Vater Staat verirrt. Zwar leben wir in einer der freiesten aller Gesellschaften, aber auch in einer, in der sich einschnürende Beschränkungen und Gleichmachereien ausbreiten – vom Wohlfahrtsstaat bis zur Energiewende. Es fehlt ein Korrektiv. Weder die fast schon vergessenen Piraten noch die zerrissene AfD bieten hier Antworten, und die etablierten Grünen und Linken sind auch nicht gerade Bannerträger der Freiheit.



Dass die FDP ihren Fokus wieder mehr auf die Bürgerrechte denn auf Wirtschaftsthemen legt, ist eine inhaltliche Kurskorrektur. Und mit Christian Lindner an der Spitze könnte es der Partei in der Tat wieder gelingen, genügend Wähler anzusprechen, um auch bundespolitisch der Bedeutungslosigkeit zu entkommen. Das liegt nicht nur an dem besagten Kurswechsel, sondern auch an der Person des Bundesvorsitzenden, der nicht so marktschreierisch wie manche seiner Vorgänger, sondern besonnen, aber entschlossen die Positionen der FDP vertritt.

Tweet des Tages

Die NSA können wir wohl ausschließen, die hätte nur nett beim Kanzleramt fragen müssen, um die Daten zu kriegen. #Bundestag

twitter.com/adrschn

Facebook

Exzesse in der Region beim Vatertag

Heike Hecken: Den Vatertag feiern meist Jugendliche mit reichlich Alkohol, die noch nicht einmal Vater sind.

Sie finden uns unter facebook.com/rheinzeitung

Das bringt das Wochenende

Pegida in Stuttgart
Tausende wollen am Sonntag gegen die erste Pegida-Kundgebung in Stuttgart protestieren.

Abbas beim Papst
Franziskus empfängt Palästinenserpräsident Mahmud Abbas.

Deutschland sucht Superstar
Am Samstag findet das Finale der RTL-Show DSDS statt.

Video des Tages



Neue CD von Zedd

Vor einigen Jahren war seine Musik noch ein echter Geheimtipp, mittlerweile ist der DJ aus Kaiserslautern ein echter Superstar. Anton Zaslavsky, alias Zedd, hat gerade sein neues Album veröffentlicht, „True Colors“.

Das Video finden Sie unter ku-rz.de/newzedd

Leserbriefe

Kitastreik Geschlossene Kitas, ratlose Eltern: Die Gewerkschaften haben die Streiks an kommunalen Kindertagesstätten auf ganz Deutschland ausgeweitet. Der Streik ist zunächst unbefristet und könnte – so wird derzeit befürchtet – bis zu mehreren Wochen dauern. Prof. Stefan Sell lehrt Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik und Sozialwissenschaften an der Hochschule Koblenz. In seinem Gastbeitrag in unserer Zeitung befasst er sich mit den Hintergründen des Erzieher(innen)-Streiks.

„Haltet durch“

In seinem Beitrag in Ihrer Zeitung gibt Prof. Sell eine erhellende Kurzanalyse der wichtigsten Faktoren, die in diesem fundamentalen Streit eine Rolle spielen. In unzähligen kleineren und größeren anderen Beiträgen wurde von beinahe jedem ebenfalls auf die immer deutlicher zutage tretende Differenz besonders bei öffentlich-rechtlichen Beschäftigten zwischen Anspruch an ihre Arbeit und angeblich nicht leistbarer Bezahlung hingewiesen. Jetzt also probt die Gewerkschaft den Aufstand. Spätestens seit der Staat angefangen hat, alle möglichen Dienstleistungsbereiche zu privatisieren, um selbst Profit zu erwirtschaften, hängt die Bezahlung in diesen Bereichen hinter der freien Wirtschaft hinterher, mit jedem Jahr mehr. Und welche Servicewüsten uns das beschert hat, sieht man an Bahn und Post an vorderster Stelle. Der Staat ist doch eigentlich dazu da, um seinen Bürgern einen möglichst starken Lebenshintergrund zu bieten, dafür erhält er Steuern und Abgaben in bei uns mittlerweile immenser Höhe. Anstatt diese Aufgabe mit aller Konsequenz zu bewältigen, schränkt er seine Pflichtbereiche, die immer noch gegeben sind, möglichst ein, zum Beispiel Personal bei Sicherheit und Bildung, lässt aber etwa als „privater“ Besitzer der Bahn deren Gebührenfreiheit zu, um jährlich richtig Geld zu kassieren.

Straßen werden nicht vernünftig in Ordnung gehalten, aber für die Schlaglöcher oder Umleitungen sollen wir jetzt auch noch Maut zahlen. Die Politiker belohnen sich in kurzzeitigen Abschnitten mit immer höheren Aufwandsentschädigungen und vergleichen sich dabei inzwischen mit Verfassungsrichtern, die eine ganz andere echtere Qualität nachweisen

können als viele Abgeordnete Parteibuchstrategen, aber für Angestellte in Kitas oder Pflegekräften im Medizinbereich fehlt natürlich das Geld. Für eine Revolution ist es noch zu früh, aber man versteht die aktuell Streikenden gut. Gewerkschaft! Halte durch! Den staatlichen Herrschern muss verdeutlicht werden, dass sie Diener der Bürger sind, sie haben es nämlich weitgehend vergessen.
Dr. Wolfgang Steger, Oberdürenbach

Lotto Der Lotto-Aufsichtsratschef in Rheinland-Pfalz, Finanzstaatssekretär Salvatore Barbaro (SPD), weist die Aussage seines Abteilungsleiters und des früheren Lotto-Geschäftsführers Herbert Laubach zurück, dass dieser ihn frühzeitig darüber informiert habe, dass Geschäftsführer Hans-Peter Schössler den Lotto-Toto-Block mit einer Falschmeldung täuschte. Schössler ist wegen Betrug verurteilt worden, weil er zwei nicht abgeholte Gewinne über etwa 1,5 Millionen Euro dem Block nicht meldete, um die Summe allein unter rheinland-pfälzischen Tippfern auslosen zu können. In den Prozessen vor dem Amts- und Landgericht hatte Laubach als Zeuge erklärt, er habe Barbaro bereits im Sommer 2010 über den Verstoß informiert.

„Seltsam“

Es ist schon etwas seltsam, dass der rheinland-pfälzische Finanzstaatssekretär Barbaro dementiert, über die Betrugstaten des ehemaligen Geschäftsführers von Lotto Rheinland-Pfalz, Schössler, frühzeitig informiert gewesen zu sein. Aber warum sollte ein Zeuge vor Gericht falsch aussagen und den Aufsichtsratsvorsitzenden belasten? Das ergibt für mich keinen Sinn. Sollte Barbaro die Unwahrheit gesagt haben, so muss die rheinland-pfälzische Landesregierung aufpassen, da 2016 Neuwahlen anstehen und die Wähler eher ehrliche Politiker schätzen und es ihnen dann auch danken werden.
Christian Mayer, Mainz

Ihr Kontakt zu uns

Sie möchten auch Stellung zu Themen unserer Zeit oder unserer Zeitung beziehen? Schreiben Sie uns:

Rhein Zeitung „Leserbriefe“
56055 Koblenz
Fax: 0261/892-122
leserbriefe@rhein-zeitung.net